Wer sind die Nichtwähler und was bewirken sie?

Johannes Fritz

Johannes Fritz

Zusammenfassung
Ab den 1980er Jahren ging die Wahlbeteiligung auf allen föderalen Ebenen der Bundesrepublik zurück. Bereits in der Frage, ob dies eine Gefahr für die Stabilität der Demokratie darstellt, ist die Wahlforschung gespalten. Auch nach zahlreichen empirischen Untersuchungen blieben Nichtwähler weitgehend unbekannte Wesen. Der Artikel überprüft gängige Feststellungen und stellt die heterogene Gruppe der Nichtwähler nach verschiedenen Kriterien dar.

1. Wahlenthaltung – eine Gefahr für die Demokratie?

Die Wahlforschung beschäftigt sich seit Mitte der 1980er Jahre, in denen die Wahlbeteiligung auf allen Wahlebenen stark zurückging, verstärkt mit der Untersuchung der Nichtwähler (Bürklin/Klein 1998: 159). Dabei lassen sich zwei Theorien unterscheiden, die den Anstieg des Nichtwähleranteils entgegengesetzt beurteilen.

1.1 Inputorientierte Demokratietheorie und Krisenthese

Die inputorientierte Demokratietheorie interpretiert den Grad politischer Teilnahme der Bevölkerung als für die Stabilität eines politischen Systems entscheidend. Sie betrachtet eine hohe Wahlbeteiligung als einen Wert an sich. „Nur breit legitimierte politische Herrschaftsträger könnten die Funktion der Artikulation, Repräsentation und Integration divergierender gesellschaftlicher Interessen leisten“ (Bürklin/Klein 1998: 160). Aus Sicht dieser Demokratietheorie ist eine sinkende Wahlbeteiligung zwingend eine Gefahr für das politische System.

Krisenthese

In der empirischen Wahlforschung nimmt die Krisenthese diese Position ein. Diese argumentiert, in der zunehmenden Wahlenthaltung drücke sich „die wachsende Unzufriedenheit vieler Bürger mit der Politik im allgemeinen und dem Verhalten der politischen Elite im besonderen“ (Bürklin/Klein 1998: 160) aus.

Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) Heft 3/2007, S. 331-342

1.2 Outputorientierte Demokratietheorie und Normalisierungsthese

Die outputorientierten Demokratietheorie fasst nicht die Beteiligung an einer Wahl, sondern deren Ergebnis, also die Zuweisung von Macht, als für ein politisches System entscheidend auf. Wahlenthaltung ist nicht zwingend negativ besetzt, sie kann im Gegenteil als „Mobilisierungsreserve und ‚Stoßdämpfer' der demokratischen Gesellschaft [...] sinnvoll sein" (Eilfort 1991: 225), „und zwar dann, wenn sie von Personen geübt wird, die nicht dem Ideal des aufgeklärten, mündigen Bürgers entsprechen" (Bürklin/Klein 1998: 160). Die Wahlteilnahme allein hat keinen Wert, denn auch Wähler könnten ein politisches System ablehnen. Dies zeige das Beispiel der hohen Stimmengewinne der NSDAP vor allem unter vorherigen Nichtwählern bei den Reichstagswahlen 1930 und 1933 (Eilfort 1994: 26f.; Roth 1992: 61).

Normalisierungsthese

In die empirische Wahlforschung übernommen, ergibt sich die Normalisierungsthese. Diese sieht in der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland eine Angleichung an internationale Verhältnisse. Die alten Demokratien der USA oder der Schweiz seien schließlich ebenfalls nicht an ihrer weitaus geringeren Wahlbeteiligung zugrunde gegangen. Stünden wichtige Entscheidungen an, oder sei die Stabilität des politischen Systems in Gefahr, dann werde die Beteiligung erneut ansteigen (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994: 134).

2. Nichtwählertypen

Für Wahlforscher sind Nichtwähler keine einheitliche Gruppe, sondern „ein Sammelbecken mit von Wahl zu Wahl anderer Zusammensetzung" (Eilfort 1994: 54). Im Folgenden wird eine Unterteilung in vier Nichtwählergruppen vorgenommen.

2.1 Unechte Nichtwähler

Unechte Nichtwähler können aus technischen Gründen nicht an einer Wahl teilnehmen. Mögliche Gründe sind falsche Angaben im Wählerverzeichnis sowie zu spät eingetroffene oder unvollständige Briefwahlunterlagen. Unechte Nichtwähler sind am neuen Wohnort nicht gemeldet, verstorben, kurzfristig erkrankt oder anderweitig verhindert. Zu ihnen gehören wegen deren höherer Mobilität häufig jüngere Wähler (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994: 137). Da von unechten Nichtwählern kein politischer Protest ausgeht, stellen sie für Wahlforscher wie Politiker kein Problem dar, an ihrer Existenz kann kaum etwas geändert werden. Ihretwegen wird auch in Demokratien mit Wahlpflicht selten eine Beteiligung von über 95 Prozent erreicht. Der Anteil der aus falschen Unterlagen resultierenden technischen Nichtwähler wird auf ein bis 3,5 Prozent, jener der kurzfristig Erkrankten oder Verhinderten auf weitere zwei bis drei Prozent geschätzt (Eilfort 1994: 55ff.).

2.2 Grundsätzliche Nichtwähler

Zu den grundsätzlichen Nichtwählern werden Wahlberechtigte gezählt, „die immer oder bei drei und mehr aufeinanderfolgenden Wahlgängen auf einer Systemebene der Urne fernbleiben“ (Eilfort 1994: 57). Wahlforscher vermuten hinter ihnen politisch nicht interessierte und den politischen Institutionen wie der Gesellschaft distanziert gegenüberstehende Bürger. Eine Sondergruppe bilden die Zeugen Jehovas. Da die Organisation hinter Wirtschaft, Politik und anderen Religionsgemeinschaften den Einfluss des Teufels vermutet, untersagt sie ihren Mitgliedern, sich aktiv und passiv an Politik zu beteiligen. Es gilt als unwahrscheinlich, dass sich sämtliche Mitglieder an dieses Verbot halten. Die Zeugen Jehovas dürften daher die Höhe der Wahlbeteiligung kaum beeinflussen. Da grundsätzliche Nichtwähler die Teilnahme an Wahlen generell ablehnen, kann ihre Existenz die Zunahme des Nichtwähleranteils in der kurzen Frist ebenfalls nicht erklären (Eilfort 1994: 58f.).

2.3 Konjunkturelle Nichtwähler

Als konjunkturelle Nichtwähler werden Bürger bezeichnet, die einer Wahl wegen deren äußeren Umständen fernbleiben. Am Wahltag wägen sie zwischen der Stimmabgabe und anderen Verpflichtungen ab. Entscheidend ist die Einschätzung der Wichtigkeit einer Wahl (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994: 138f.). Erscheint ihnen beispielsweise das Ergebnis einer Europawahl als unbedeutend, so werden sich konjunkturelle Nichtwähler eher enthalten als bei einer umkämpften Bundestagswahl. Auch wenn eine Wahl insgesamt oder in einem Wahlkreis als bereits entschieden gilt, tendiert ein größerer Teil zur Nichtwahl. Die Gruppe der konjunkturellen Nichtwähler schwankt als einzige von Wahl zu Wahl erheblich. Sie ist maßgeblich für Veränderungen des Nichtwähleranteils von Wahl zu Wahl verantwortlich (Eilfort 1994: 59f.).

2.4 Ungültigwähler

Zwar gehen Ungültigwähler in ein Wahllokal, im Ergebnis führt ihre Stimmabgabe aber in die Nichtwahl. Ungültige Stimmen entstehen, wenn Wahlbriefe oder Stimmzettel leer oder nur teilweise ausgefüllt abgegeben oder Stimmzettel durchgestrichen oder beschriftet werden. Da der Anteil der Ungültigwähler in Deutschland verhältnismäßig niedrig ist, sind die Motive dieser Gruppe bisher kaum erforscht. Einen Teil der ungültigen Stimmen führen Wahlforscher auf Schwierigkeiten mit dem Zwei-Stimmen-System, einen anderen auf bewussten politischen Protest zurück (Eilfort 1994: 61). Im Jahr 2005 waren 1,6 Prozent der Zweitstimmen ungültig, dies war der höchste Wert seit 1969 (Statistisches Bundesamt 2005: 1158).

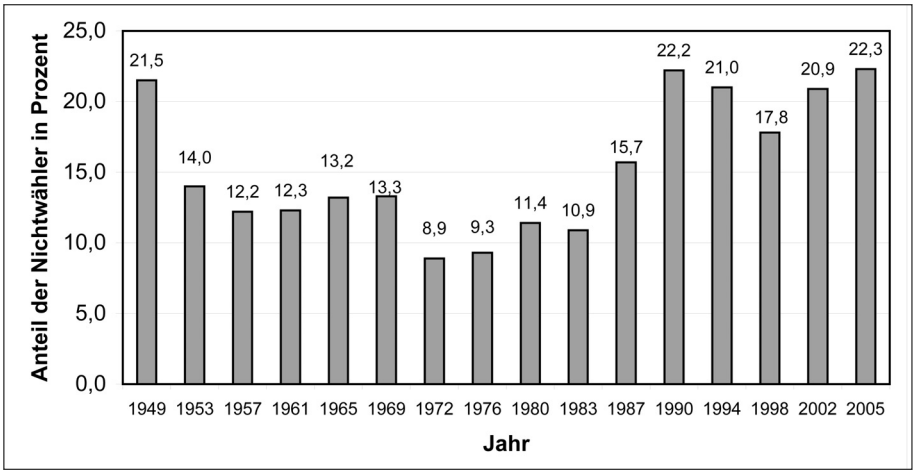
3. Empirische Untersuchung: Umfang der Wahlenthaltung

Empirische Analysen der Wahlenthaltung werden durch zwei Umfrageprobleme erschwert. Zum einen sind die Fallzahlen meist nicht sehr hoch, zum anderen gehört die Wahrnehmung des Wählens als „Bürgerpflicht“ bis heute nicht der Vergangenheit an. Nicht jeder, der sich der Stimme enthalten hat, gibt sich im Anschluss gern als Nichtwähler zu erkennen. Um diese Probleme zu umgehen, bietet sich zur Auswertung von Umfragen das Konzept des potentiellen Nichtwählers nach Renz an. Als potenzielle Nichtwähler bezeichnet Renz „diejenigen Befragten [...], die auf die Frage nach der Wahlbeteiligungsabsicht mit ‚nein’ oder ‚weiß nicht’ antworteten“ (Renz 1997: 573). Die Zusammenlegung beider Gruppen ermöglicht höhere Fallzahlen und vermeidet das Akzeptanzproblem.

3.1 Nach Wahlebene

Die Wahlbeteiligung auf den politischen Ebenen der Kommune, des Bundeslandes, der Bundesrepublik und der Europäischen Union fällt in Deutschland sehr unterschiedlich aus.

Abb.1: Grafik: Anteil der Nichtwähler bei Bundestagswahlen



Quelle: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2006, S. 20

Bundestagswahlen

Die Stimmabgabe bei *Bundestagswahlen* (Abb. 1) erreichte nach der 1949 verhältnismäßig geringen Beteiligung von 78,5 Prozent ein unerwartet hohes Niveau. An den „Willy wählen“ – Wahlen 1972 nahmen 91,1 Prozent der Bürger teil, ein höherer Wert wurde seitdem nicht mehr erreicht. Bis 1983 sank die Beteiligung zunächst leicht, ab 1987 ging sie dann stark zurück. Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Jahr 1990 unterschritt sie erstmals den Wert der ersten Bundestagswahl von 1949, 77,8 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 1998 blieb die Wahlbeteiligung nach 1990 auf niedrigem Niveau. 1998 beteiligten sich womöglich wegen der

Aussicht auf einen knappen Ausgang und der Möglichkeit des ersten direkt durch Bundestagswahlen verursachten Regierungswechsels 82,2 Prozent der Wahlberechtigten (Pickel/Pickel 2000: 175f.). Bei den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag im September 2005 nutzten schließlich 77,7 Prozent der Deutschen ihr Wahlrecht, die Beteiligung erreichte einen neuen Tiefststand.

Landtagswahlen

An *Landtagswahlen* beteiligten sich bis in die Neunziger Jahre etwa 10 bis 15 Prozent weniger Wähler als an Bundestagswahlen (Eilfort 1991: 228). Mittlerweile ist diese Differenz auf fast 20 Prozent angewachsen. Die bestehenden 16 Landesparlamente wurden im Schnitt von 59,2 Prozent der Wähler bestimmt. Die bislang niedrigste Wahlbeteiligung gab es im März 2006 mit 44,4 Prozent in Sachsen-Anhalt. Eine „Partei der Nichtwähler", so es sie gäbe, hätte hier die absolute Mehrheit erreicht (Bundeswahlleiter 2005a).

Kommunalwahlen

Bei den *Kommunalwahlen* zu den Vertretungen auf der niedrigsten föderalen Ebene ist der Anteil der Wahlberechtigten, die auf die Stimmabgabe verzichten, erneut höher. In den Kommunen beteiligten sich zwischen März 2002 und September 2006 deutschlandweit durchschnittlich 53,3 Prozent der Wähler (Election.de 2007). Am niedrigsten war die Beteiligung im Juni 2004 erneut in Sachsen-Anhalt mit 43,4 Prozent.

Europawahlen

An *Europawahlen* nimmt der geringste Prozentsatz der Wahlberechtigten teil. Stimmten 1979 noch 65,7 Prozent über ihre Vertreter im Europäischen Parlament ab, so sank dieser Wert nach einem Zwischenhoch von 62,3 Prozent im Jahr 1989 bis 2004 auf 43 Prozent. Feist (1992: 45) begründet die hohe Abstinenz mit dem „besonders unverbindlichen und politisch experimentellen Charakter" der Europawahlen, bei denen „weder Regierungen gewählt noch parlamentarische Kontrollinstanzen installiert werden". Weiterhin wird die EU als „dem Prinzip der demokratischen Repräsentation enthobene[s] System" (Maurer/Kietz 2006: 247) wahrgenommen. Zudem sieht die Mehrheit der europäischen Bürger den Nationalstaat auch in Bereichen, in denen die EU bestimmend ist, weiterhin als dominanten Akteur. Daran tragen auch die nationalen Parteien eine Mitschuld. Häufig nutzten sie die Europawahlen in der Vergangenheit für eigene Zwecke (beispielsweise den Protest gegen die nationale Regierung). Das führt dazu, dass dem Wähler die tatsächliche Bedeutung des europaweiten Urnengangs weiterhin verschlossen bleibt (Maurer/Kietz 2006: 249f.).

3.2 In Stadt und Land

Eines der zentralen Erkenntnisse der Wahlforschung ist die im Allgemeinen geringere Beteiligung in städtischen Gebieten. Nach Feist (1992: 49) sind deren Bewohner von „größerer Anonymität, sozialer Isolation und Leistungskampf geprägt", Roth (1992: 65) macht die „soziale Kontrolle [...], die auf dem Land stärker ist" für die dort höhere Beteiligung verantwortlich. Eilfort (1991: 236) verneint jedoch einen „linearen Anstieg der Wahlenthaltung mit der Gemeindegröße". Die Wahlbeteiligung in Kleinstädten mit 3000 bis 5000 Einwohnern sei höher als jene in kleineren Gemeinden.

Im Fall der Bundestagswahl 2005 lässt sich ein linearer Zusammenhang von Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung jedoch nicht nachweisen.

Abb. 2: Korrelation von Bevölkerungsdichte und Nichtwähleranteil nach Bundesländern und bundesweit bei der Bundestagswahl 2005

Gebiet	Zahl der Wahlkreise	Nichtwähler in den Wahlkreisen in Prozent, von / bis	Nichtwähler in den Wahlkreisen in Prozent, Durchschnitt	Bevölkerungsdichte in Einwohner pro km^2, von / bis	Korrelation von Bevölkerungsdichte und Nichtwähleranteil
Schleswig-Holstein	11	18,2-26,3	21,1	86-1785	+.254
Mecklenburg-Vorpommern	7	27,2-30,6	28,7	56-369	-.256
Hamburg	6	17,1-26,7	22,2	1010-4970	-.357
Niedersachsen	29	17,9-23,2	20,7	87-2885	+.170
Bremen	2*	22,3-26,9	24,6	1293-2216	-1*
Brandenburg	10	20,4-28,8	25,3	41-385	-.764
Sachsen-Anhalt	10	27,9-31,3	29,0	49-1767	-.112
Berlin	12	16,4-26,5	22,7	1399-12109	+.360
Nordrhein-Westfalen	64	16,9-28,9	21,7	142-3640	+.465
Sachsen	17	22,1-27,7	24,3	117-3276	+.585
Hessen	21	16,7-25,8	21,3	112-3746	+.542
Thüringen	9	23,4-26,0	24,5	98-615	-.398
Rheinland-Pfalz	15	18,8-23,5	21,3	70-989	-.270
Bayern	45	16,5-29,2	22,3	86-5546	+.168
Baden-Württemberg	37	18,0-26,3	21,3	119-3276	-.011
Saarland	4	17,7-23,1	20,5	292-861	+.887
Deutschland	299	16,4-31,1	22,3	41-12109	+.088

Quelle: Bundeswahlleiter 2005b und Bundeswahlleiter 2005c

Wie aus Abb. 2 ersichtlich, korrelieren beide Werte bundesweit mit +.088 Punkten. Im deutschlandweit am dichtesten besiedelten Wahlkreis Berlin Friedrichshain–Kreuzberg–Prenzlauer Berg (12109 Bewohner pro Quadratkilometer) liegt die Enthaltungsquote mit 23,5 Prozent nur um etwa ein Prozent über dem Bundesdurchschnitt (22,3 Prozent). Die niedrigste Wahlbeteiligung findet sich im extrem dünn besiedelten Wahlkreis Börde (Brandenburg, 124 Bewohner pro Quadratkilometer) mit 68,7 Prozent.

Nach Bundesländern wirken Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung am deutlichsten im Saarland zusammen, wo sich eine Korrelation von +.887 ergibt. Der stärkste gegenteilige Effekt zeigt sich in Brandenburg mit einer Korrelation von -.764. Weil beide Länder verhältnismäßig dünn besiedelt sind, lohnt sich ein Blick auf das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen. Hier schwankt die Besiedelung der Wahlkreise zwischen 142 und 3640 Einwohnern pro Quadratkilometer, der Nichtwähleranteil beträgt zwischen 16,9 und 28,9 Prozent. Nichtwähleranteil und Bevölkerungsdichte korrelieren verhältnismäßig stark mit +.465 Punkten. Im größten Wahlkreis Essen II enthalten sich tatsächlich überdurchschnittlich viele Wähler (27,4 Prozent) und in Wahlkreisen mit weniger als 1000 Einwohnern pro Quadratkilometer werden nur Werte von weniger als 25 Prozent Wahlenthaltung erreicht. Da sich in Wahlkreisen mit 2000 bis 2500 Bürgern pro Quadratkilometer jedoch von 18,4 Prozent bis zu 28,9 Prozent nahezu alle Werte der Wahlenthaltung finden, kann auch hier kein klarer Zusammenhang festgestellt werden.

3.3 In Ost- und Westdeutschland

Seit der ersten deutschlandweiten Bundestagswahl im Jahr 1990 ist die geringere Beteiligung in Ostdeutschland eine weitere Konstante bei Bundestagswahlen. Kurz nach 1990 führten dies manche Autoren auf die hohe Zahl von vier Wahlen binnen Jahresfrist zurück (Feist 1992: 43f., Eilfort 1991: 238), oder relativierten den Unterschied mit dem Hinweis auf die geringe Tradition der Demokratie im Osten und die Westbindung der Bundesrepublik (Roth 1992: 67). Falter und Schumann schlugen schon damals einen kritischeren Ton an. Vermutungen, die mit Ausnahme der 60- bis 70-jährigen niedrigere Wahlbeteiligung hänge mit dem „relativen Erfolg des DDR-Systems bei seinen jüngeren Bürgern" (Falter/Schumann 1994: 173) zusammen, seien kaum von der Hand zu weisen. Nach der Bundestagswahl 2002 erkannten Schoen und Falter (2003: 102f.) eine „Serie von Wahlen [...], die dafür sprechen, dass die Bürger in Ostdeutschland seltener an Wahlen teilnehmen als ihre westdeutschen Landsleute und ihre Beteiligungsbereitschaft größeren Schwankungen unterliegt."

Tatsächlich wählten im Jahr 2002 80,7 Prozent der West- im Vergleich zu 72,9 Prozent der Ostdeutschen. Die Teilnahme schwankte zwischen 81,6 Prozent in Bayern und 71,1 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Im September 2005 nahm die Beteiligung dort zu, wo sie 2002 abgenommen hatte, und sank dort, wo sie 2002 hoch gewesen war. Die Differenz zwischen West- (78,5 Prozent) und Ostdeutschland (74,5 Prozent) verringerte sich auf etwa die Hälfte, blieb jedoch deutlich. Den größten Rückgang gab es in Bayern, wo 3,6 Prozent weniger als 2002 ihre Stimme abgaben (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2006: 19).

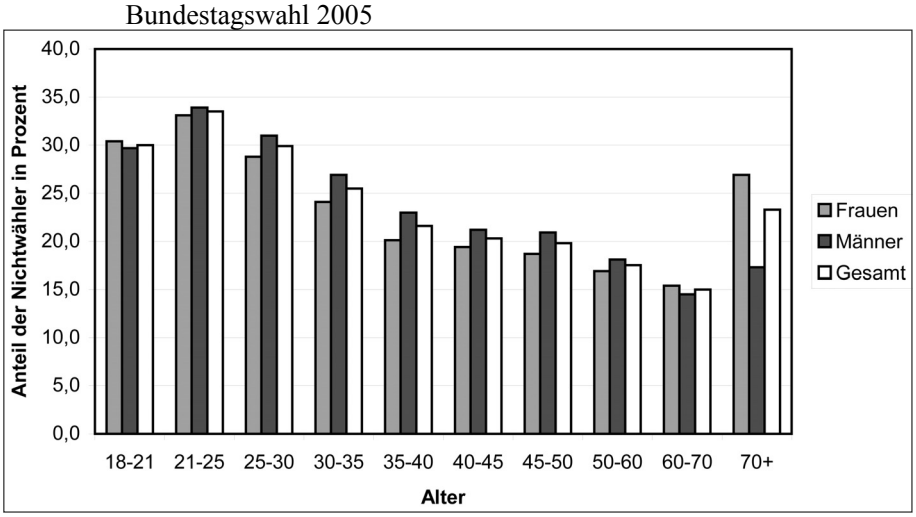
3.4 Nach Alter und Geschlecht

Zu den zentralen Feststellungen der früheren Wahlforschung gehört, dass sowohl Frauen als auch junge Wahlberechtigte überdurchschnittlich zur Nichtwahl tendieren (Eilfort 1991: 231ff.; Falter/Schumann 1994: 171ff.; Feist 1992: 49; Kleinhenz 1995: 100f.). Der Vergleich der Beteiligung an den Bundestagswahlen 1990 (77,8 Prozent Wahlbeteiligung) und 2005 (77,7 Prozent Wahlbeteiligung) deutet jedoch auf eine Abnahme der Unterschiede hin.

Beide Beobachtungen, die verhältnismäßig höhere Beteiligung von Männern und älteren Menschen, treffen auch auf das Jahr 2005 zu (siehe Abb. 3). Vergleicht man die Verteilung mit jener der Bundestagswahl 1990, so haben sie sich jedoch stark abgeschwächt. Frauen beteiligten sich mit 78,1 Prozent geringfügig weniger als Männer (78,5 Prozent). Dieser minimale Unterschied beruhte ausschließlich auf den Altersgruppen der unter 21- und über 60-jährigen. Bei den 21- bis 60-jährigen sowie in Ostdeutschland wählten durchweg mehr Frauen. Die insgesamt stärksten Veränderungen gab es bei den 18- bis 25-jährigen Frauen, von denen sich 6,5 Prozent mehr als 1990 beteiligten. Auch nach Altersgruppen entwickelte sich die Wahlteilnahme anders als erwartet. Mit Ausnahme der 40-45-jährigen Männer, von denen 0,5 Prozent weniger als 1990 zur Wahl gingen, nahm die Beteiligung aller Wahlberechtigten unter 45 Jahren zu.

Bei den 45- bis 70-jährigen beteiligten sich vor allem die Männer deutlich weniger als 1990, bei den über 70-jährigen nahm die Beteiligung – bei den Männern etwas stärker als bei den Frauen – mit durchschnittlich 2,2 Prozent deutlich zu.

Abb. 3: Grafik: Nichtwähleranteil nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 2005



Quelle: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2006, S. 21

3.5 Nach Schichtzugehörigkeit

Bildungsgrad

Der *Bildungsgrad* hatte, so argumentiert Kleinhenz (1995: 105), in der Vergangenheit wegen der Institutionalisierung des Wählens keinen nennenswerten Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Seine Zahlen belegen jedoch, dass der Anstieg des Nichtwähleranteils unter Wahlberechtigten mit Abitur oder Fachhochschulreife (1992: 10 Prozent) zwischen 1980 und 1992 hinter jenem der Haupt- bzw. Realschulabsolventen, der in etwa synchron auf 16,5 bzw. 14,7 Prozent anstieg, zurückblieb. Die Zahlen des ARD Deutschlandtrends kommen für 2007 zum gleichen Schluss (siehe Abb. 4).

Abb. 4: Nichtwähler und Unentschlossene nach Bildungsgrad

Schulabschluss	Anteil absolut	Nichtwähler	Unentschlossen	Potentielle Nichtwähler
		(In Prozent)		
Volks-/Hauptschule	28	19	20	39
Mittlere Reife/POS	34	18	19	37
Abitur/Fachabitur	36	9	13	22
Keine Angabe	2	17	16	33

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2007 (ARD Deutschlandtrend 12. Januar 2007)

Der Anteil der Nichtwähler wie jener der Unentschlossenen sinkt mit steigendem Niveau der Schulabschlüsse. Deutlich sieht man das am Anteil der potentiellen Nichtwähler. Unter Wahlberechtigten mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss und jenen mit Mittlerer Reife oder POS-Abschluss ist er mit 39 bzw. 37 Prozent in etwa gleich. Von den Wahlberechtigten mit Abitur oder Fachhochschulreife gehören hingegen nur 22 Prozent zu den potentiellen Nichtwählern.

Einkommen

Das *Einkommen* spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle, hierzu macht aber ein großer Teil der Befragten keine Angaben. Nach Kleinhenz wich das persönliche Einkommen des durchschnittlichen Nichtwählers im Zeitraum von 1980 bis 1992 nur geringfügig von jenem des Wählers ab. „Nur bei einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 800 DM monatlich liegt der Nichtwähleranteil mit 22,2 Prozent deutlich über dem Durchschnitt“ (Kleinhenz 1995: 108). Der Anteil der Nichtwähler stieg zwischen 1982/84 und 1991/92 unter Geringverdienenden um 12 Prozent, bei Normal- und Besserverdienenden dagegen nur um 8 Prozent an. Diese Niveauunterschiede bestätigen sich auch für das Jahr 2007 (siehe Abb. 5).

Abb. 5: Nichtwähler und Unentschlossene nach Haushaltseinkommen

Haushaltseinkommen	Anteil Absolut	Nichtwähler	Unentschlossen	Potentielle Nichtwähler
		(In Prozent)		
Weniger als 1500 Euro	28	19	18	37
1500 bis 3000 Euro	44	15	17	32
Mehr als 3000 Euro	19	9	10	19
Keine Angabe	9	16	30	46

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2007 (ARD Deutschlandtrend 12. Januar 2007)

Mit zunehmendem Haushaltseinkommen nimmt der Anteil der Nichtwähler und Unentschlossenen ab. In Haushalten mit einem Einkommen von über 3000 Euro pro Monat sind sie in etwa halb so stark vertreten wie in jenen, denen weniger als 1500 Euro zur Verfügung stehen.

Erwerbstätigkeit

Die *Erwerbstätigkeit* wirkt als weitere sozio-ökonomische Einflussgröße auf die Wahlbeteiligung. Kleinhenz (1995: 106) macht hier ein „uneinheitliches Bild“ aus. Zwischen Angestellten und Arbeitern erkennt er kaum Unterschiede. Im Zeitraum von 1982/84 bis 1991/92 nahm die Enthaltung vor allem bei Fach- und Vorarbeitern (von 5,5 Prozent auf 16,4 Prozent), einfacheren Angestellten (von 7,1 Prozent auf 17,8 Prozent) und Sachbearbeitern (von 4,7 Prozent auf 14,4 Prozent) zu. Beamte beteiligten sich wegen ihrer Nähe zum Staat weit überdurchschnittlich. Innerhalb der Gruppe der Erwerbslosen beteiligten sich vor allem Arbeitslose in geringerem Umfang (Kleinhenz 1995: 106ff.). Mit dem ARD Deutschlandtrend können diese Aussagen nur bedingt für das Jahr 2007 überprüft werden (siehe Abb. 6).

Abb. 6: Nichtwähler und Unentschlossene nach Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigkeit	Anteil Absolut	Nichtwähler	Unentschlossen	Potentielle Nichtwähler
		(In Prozent)		
Arbeiter	14	16	22	38
Angestellte/Beamte	28	15	18	33
Leitende Angestellte/ Beamte	7	10	13	23
Freie Berufe und Selbstständige	6	13	13	26
Nicht berufstätig	44	16	16	32

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2007 (ARD Deutschlandtrend 12. Januar 2007)

Angestellte und Beamte wurden nach ihrer beruflichen Stellung in zwei Gruppen zusammengefasst, Unterschiede lassen sich so kaum erklären. So haben sich 16 Prozent der Arbeiter und 15 Prozent der in nicht leitender Funktion als Angestellte und Beamte Tätigen für die Nichtwahl entschieden. Auffällig ist der mit 23 Prozent geringe Anteil potentieller Nichtwähler in der Gruppe der leitenden Angestellten und Beamten, er kann womöglich weiterhin mit der hohen Beteiligung der Staatsbediensteten erklärt werden. Auch für die Gruppe der Freiberufler und Selbstständigen ergibt sich ein geringer Nichtwähleranteil.

3.6 Welcher Partei nützt die Wahlenthaltung?

Warb die CDU in den 1950er Jahren mit „Wer nicht wählt, wählt den Kommunismus“ um Wähler, so heißt es heute häufig, die Wahlenthaltung begünstige den Rechtsextremismus. Entscheidend ist die Wahrnehmung, welches Lager „seine“ Wähler besser mobilisieren kann. Eilfort (1991: 228ff.) postuliert einen Zusammenhang von CDU/CSU-Anteil und Wahlbeteiligung für die frühe Bundesrepublik. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 1972 habe sich eine hohe Beteiligung demnach immer positiv für die Unionsparteien ausgewirkt. Bis zur Bildung der ersten Großen Koalition 1969 habe die Union zudem an der hohen Enthaltungsquote bürgerlicher Wähler bei Wahlen unterhalb der Bundesebene gelitten. Nach 1969 habe jeweils die Bundesopposition von sinkender Wahlbeteiligung auf Landes- und Kommunalebene profitiert. Für die Bundestagswahl 2002 stellen Schoen und Falter (2003: 107) einen gegensätzlichen Effekt fest. Von den befragten Nichtwählern des Jahres 1998, die mit der Regierung unzufrieden waren, enthielten sich 58 Prozent erneut der Stimme, nur 22 Prozent wählten die schwarz-gelbe Opposition. Von den mit der Regierung zufriedenen ehemaligen Nichtwählern stimmten dagegen 39 Prozent für die Regierungskoalition, lediglich 28 Prozent enthielten sich erneut. Unter ehemaligen Nichtwählern profitierte die Opposition also nur wenig von der Unzufriedenheit mit der Regierung.

Die Wählerwanderungen zwischen Stimmabgabe und Wahlenthaltung können mittels Wählerströmen zumindest annäherungsweise erfasst werden. Bei der Bundestagswahl 2005 wechselten Wähler der Union, von SPD, FDP und Grünen ins Nichtwählerlager. Bundesweit verloren CDU/CSU mit 640.000 Wählern

am stärksten, der SPD entzogen 370.000 Wähler die Unterstützung. In Ostdeutschland hatten ausschließlich die beiden großen Parteien Verluste zu beklagen. Die Linkspartei konnte als einzige der letztlich im Bundestag vertretenen Parteien von den Stimmen ehemaliger Nichtwähler profitieren. Von ihnen stimmten 430.000 (darunter 230.000 im Westen) für die Linkspartei (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2006: 22).

4. Fazit

Bisher spielt die sinkende Wahlbeteiligung meist nur am Rande der Nachwahlanalysen eine Rolle. Dies hängt natürlich mit der großen Heterogenität der Nichtwähler zusammen. Dennoch sollte dieser Entwicklung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Eine weiter sinkende Wahlbeteiligung wird die Politik auf lange Sicht vor ein Legitimitätsproblem stellen. Sicherlich, aus der Sichtweise der outputorientierten Demokratietheorie genügt es, wenn sich ausschließlich Politiker an den Wahlen zu ihren Ämtern beteiligen. Doch das ist keine realistische Vorstellung. Die Integration zumindest eines Großteils des Volkes muss das Ziel einer funktionierenden Demokratie bleiben. Eine von der Politik verhängte Verordnung wie die Einführung der Wahlpflicht würde den Protest lediglich in andere Kanäle – beispielsweise jene der extremistischen Parteien – lenken. Eine wirkliche Lösung muss daher das große Interesse der Öffentlichkeit an Politik in allen Formen und auch außerhalb von Wahlen und die weiterhin vorhandene Parteiidentifikation einbeziehen. Ihre Umsetzung steigt und fällt mit der Bereitschaft und Fähigkeit der Parteien, gerade die junge Bevölkerung – auch auf neuen Wegen – anzusprechen, und so zukünftige Generationen an die Wahlurnen zurückzuholen.

Die Integration zumindest eines Großteils des Volkes muss das Ziel einer funktionierenden Demokratie bleiben.

Literatur

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (2006): Einsichten und Perspektiven – Themenheft 1/06: Bundestagswahl 2005

Bundeswahlleiter (2005a): Ergebnisse der jeweils letzten Landtagswahlen: http://www.bundeswahlleiter.de /bundestagwahl2005/informationen/ergebnisse_landtagswahlen.html, 2007

Bundeswahlleiter (2005b): Strukturdaten der Wahlkreise der Bundestagswahl 2005: http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/strukturdaten/wahlkreise

Bundeswahlleiter (2005c): Ergebnis der Bundestagswahl 2005 in den Wahlkreisen: http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/downloads/ergebn2005/kerg.csv

Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Wer wählt was? – Umfrageergebnisse zum Wahlverhalten – ARD Deutschlandtrend, http://www.bpb.de/fsd/werwaehltwas – Wahlentscheidung nach Schulabschluss, Wahlentscheidung nach Beruf, Wahlentscheidung nach Haushaltseinkommen

Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus (1998): Wahlen und Wählerverhalten – eine Einführung, Opladen

Eilfort, Michael (1991): Die Nichtwähler – Bedeutung, Erfassung und Analyse eines andersartigen Wahlverhaltens, in: Schultze, Rainer-Olaf/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Wahlverhalten, Stuttgart, S. 224-241

Eilfort, Michael (1994): Die Nichtwähler, Paderborn
Election.de (2007): Kommunalwahlen in Deutschland, http://www.election.de/kw.html
Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried (1994): Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen, in: Klingemann, Hans Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen, S. 161-213
Feist, Ursula (1992): Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: Starzacher, Karl (u.a.): Protestwähler und Wahlverweigerer, Köln, S. 40-57
Hoffmann-Jaberg, Birgit/Roth, Dieter (1994): Die Nichtwähler – Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien?, in: Bürklin, Wilhelm/Roth, Dieter (Hrsg.): Das Superwahljahr, Köln, S. 132-159
Kleinhenz, Thomas (1995): Die Nichtwähler – Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen
Maurer, Andreas/Kietz, Daniela (2006): Europawahlen, in: Weidenfeld,Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z, Bonn, S. 245-250
Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2000): Die Abkehr von der Politikverdrossenheit, in: Pickel, Gert/Walz, Dieter/Brunner, Wolfram (2000): Deutschland nach den Wahlen – Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen, S. 165-186
Renz, Thomas (1997): Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise – Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion, in: Zparl, Heft 4, S. 572-591
Roth, Dieter (1992): Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Starzacher, Karl (u.a.): Protestwähler und Wahlverweigerer, Köln, S. 58-68
Schoen, Harald/Falter, Jürgen W. (2003): Wahlsieg, aber auch Wählerauftrag?, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: Bilanz der Bundestagswahl 2002, S. 101-121
Statistisches Bundesamt (2005): Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, in: Wirtschaft und Statistik 11/2005, http://www.destatis.de/download/d/wista/wahlen1105.pdf